

Fuchs, Johann; Schnur, Peter; Zika, Gerd

Research Report

Arbeitsmarktbilanz bis 2020: Besserung langfristig möglich

IAB-Kurzbericht, No. 24/2005

Provided in Cooperation with:

Institute for Employment Research (IAB)

Suggested Citation: Fuchs, Johann; Schnur, Peter; Zika, Gerd (2005) : Arbeitsmarktbilanz bis 2020: Besserung langfristig möglich, IAB-Kurzbericht, No. 24/2005, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/158204>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

In aller Kürze

- Die Gegenüberstellung von Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftebedarf zeigt, dass in den nächsten Jahren weiterhin mit hoher Unterbeschäftigung zu rechnen ist. Nach der aktuellen IAB-Projektion der Arbeitsmarktbilanz könnte sie sich aber bis zum Jahr 2020 halbieren.
- Die Entwicklungstrends in West und Ost divergieren dabei stark:
 - Im Westen sinkt die Unterbeschäftigung bis zur Mitte der nächsten Dekade *allein* wegen des steigenden Arbeitskräftebedarfs. Erst danach nimmt das Arbeitskräfteangebot ab.
 - Im Osten beruht der Rückgang im gesamten Zeitraum *allein* auf der starken Abnahme des Arbeitskräfteangebots – bei weiter sinkendem Arbeitskräftebedarf.
- Der Rückgang der Unterbeschäftigung in beiden Landesteilen setzt voraus, dass der künftige Bedarf an Arbeitskräften auf allen Qualifikationsebenen gedeckt werden kann.
- Die sinkende Zahl jüngerer Arbeitskräfte könnte in Verbindung mit einem Stillstand des Bildungssystems – trotz hoher Unterbeschäftigung – zu einem Mangel an Fachkräften führen. Dieses „Mismatch-Problem“ könnte sich noch verstärken. Wegen der anhaltenden Unterbeschäftigung bis ins nächste Jahrzehnt besteht nämlich die Gefahr, dass die Dequalifizierung des Humankapitals fortschreitet.

Autor/in

Johann Fuchs
Peter Schnur
Gerd Zika

Arbeitsmarktbilanz bis 2020

Besserung langfristig möglich

Ohne zusätzliche beschäftigungspolitische Impulse ist aber auf mittlere Sicht kein spürbarer Rückgang der Unterbeschäftigung zu erwarten

Seit Mitte der 70er Jahre erreicht die Arbeitslosigkeit in Deutschland immer neue Rekordhöhen. Den vorläufigen Höhepunkt mit erstmals über 5 Millionen registrierten Arbeitslosen gab es zu Beginn dieses Jahres. Im Jahresdurchschnitt 2005 dürfte sich die gesamte Unterbeschäftigung einschließlich der Stillen Reserve auf knapp 6 Mio. Personen belaufen.

Wie sich die Unterbeschäftigung bis 2020 voraussichtlich entwickeln wird, zeigt dieser Kurzbericht. Dabei wird das Angebot dem Bedarf an Arbeitskräften in einer Arbeitsmarktbilanz gegenübergestellt.

Bei der Interpretation der folgenden Ergebnisse ist zu bedenken: Langfristprojektionen unter „Status-quo-Bedingungen“ wollen und können die Zukunft nicht abbilden, indem sie eine wahrscheinliche und gleichsam unbeeinflussbare Entwicklung vorhersagen. Vielmehr sollen sie bei politischen Entscheidungen einbezogen werden, damit möglichst frühzeitig bereits absehbare negative Entwicklungen vermieden werden. Ihre „Selbsterstörung“ kann also geradezu erwünscht sein.

Arbeitsmarktbilanz für Deutschland bis 2020

In der Bilanz aus Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftebedarf zeigt sich (rechnerisch), dass die Unterbeschäftigung langfristig zurückgeht (vgl. *Abbildung auf Seite 3*). Diese Projektion ist das Ergebnis der gegenläufigen Tendenzen beider Marktseiten, wobei die Entwicklungstrends in West- und Ostdeutschland stark divergieren.

Arbeitskräfteangebot

Die Projektion geht davon aus, dass das Arbeitskräfteangebot (Erwerbspersonenpotenzial) bis 2010 etwa gleich bleibt, danach aber langfristig sinkt. Dabei wer-

den insbesondere der Zeitpunkt, ab dem der Rückgang einsetzt, aber auch seine Stärke entscheidend von der Zuwanderung bestimmt. Nun lässt sich gerade die Zuwanderung nicht prognostizieren. Deshalb arbeitet das IAB mit unterschiedlichen Wanderungsannahmen, die ein breites Spektrum an Möglichkeiten abdecken.

Für die hier beschriebene Arbeitsmarktbilanz wurde ein Wanderungsszenario mit einer jährlichen Nettozuwanderung von 200.000 Ausländern zugrunde gelegt. Diese Wanderungsannahme ist nach unserer Auffassung nicht zu niedrig gegriffen. Denn in der Vergangenheit – z.B. in den letzten 40 Jahren – lag der durchschnittliche jährliche Wanderungssaldo der Ausländer unter 150.000 Personen. Auch wenn man nur die Entwicklung nach der Wiedervereinigung betrachtet, liegt die Nettozuwanderung mit ca. 165.000 noch deutlich unter der hier gewählten Annahme. Auch liegen bisher keine Anhaltspunkte dafür vor, dass sich infolge der EU-Osterweiterung die Nettozuwanderungen drastisch erhöhen werden.¹

¹ Vgl. bspw. Herbert Brücker (2005): EU-Osterweiterung: Übergangsfristen führen zu Umlenkung der Migration nach Großbritannien und Irland. In: DIW Wochenbericht 22.

Zusammen mit einer steigenden Erwerbsbeteiligung der westdeutschen Frauen und der Älteren kompensiert diese Wanderungsannahme bis etwa 2010 den demografischen Effekt. Weil die Demografie aber immer stärker wirkt, gelingt die Kompensation immer weniger. Zwischen 2010 und 2015 dürfte dann eine Phase einsetzen, bei der das Erwerbspersonenpotenzial von Jahr zu Jahr an Umfang verliert. Im Jahr 2020 wäre es um 1,5 Mio. niedriger als im Jahr 2005.

Arbeitskräftebedarf

Die ökonomischen Rahmenbedingungen in Deutschland werden durch den fortschreitenden Strukturwandel zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft, die demografischen Entwicklungen und die anhaltenden Globalisierungstendenzen erheblich verändert. Mittel- und längerfristig hängt das Wachstum der deutschen Wirtschaft vor allem davon ab, wie die Bundesrepublik diese Herausforderungen meistert. Für den künftigen Arbeitskräftebedarf ist es letztlich entscheidend, welches Wirtschaftswachstum erzielt werden kann.

Aufgrund der starken außenwirtschaftlichen Verflechtung Deutschlands genügt es nicht, wenn zur Vorausschätzung des künftigen Arbeitskräftebedarfs nur die volkswirtschaftliche Komplexität im

Inland berücksichtigt wird. Vielmehr müssen darüber hinaus die ökonomische Entwicklung in den wichtigsten Partnerländern und deren Wirkungen auf Deutschland einbezogen werden und umgekehrt der Einfluss Deutschlands auf den Weltmarkt. Dies kann nur von einem modellbasierten Projektionssystem geleistet werden.²

Den Rechnungen zufolge wird das jährliche Wachstum des Bruttoinlandsproduktes zwar nur moderat zunehmen (+ 1,3 %). Verglichen mit der Wachstumsschwäche der letzten fünf Jahre (2000/2005: + 0,6 %) ist dies aber doppelt so viel. Das Exportwachstum wird auch in Zukunft der Faktor sein, der das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes treibt – bei nur unterdurchschnittlichem Anstieg des privaten Verbrauchs und der Anlageinvestitionen.

Wegen der schwachen Investitionstätigkeit dürfte die Arbeitsproduktivität im gesamten Projektionszeitraum nur sehr verhalten steigen. Daraus folgt, dass die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in Deutschland bis 2010 nur sehr zögerlich um etwas mehr als 200.000 steigen und danach bis 2020 um 1,1 Mio. zunehmen dürfte.

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass längerfristige Arbeitskräftebedarfsprojektionen mit großen Unsicherheiten behaftet sind.

Vor allem die wirtschaftlichen Veränderungen in Europa und der Welt sind von einer Reihe nur schwer kalkulierbarer Entwicklungen geprägt. Folgende Stichworte mögen dies verdeutlichen: EU-Osterweiterung, Ölpreis, Euro- und Dollarkurs, Naturkatastrophen und Terror. Aber auch in den nach wie vor noch nicht bewältigten Folgen der deutschen Vereinigung liegen erhebliche Unwägbarkeiten, die eine Abschätzung des künftigen Arbeitskräftebedarfs erschweren.

Westdeutsche Arbeitsmarktbilanz

In Westdeutschland geht die Unterbeschäftigung im Projektionszeitraum deutlich zurück. Dies ist allerdings mehr dem steigenden Arbeitskräftebedarf als der Entwicklung des Arbeitskräfteangebots zuzuschreiben.

So geht das westdeutsche Arbeitskräfteangebot bis 2020 kaum zurück. Es wird vielmehr noch fast 10 Jahre steigen. Dabei kommt zum Tragen, dass der weitaus größte Teil der Zuwanderung aus dem Ausland dem Westen zugeschlagen wird. Ohne Zuwanderung würde nämlich die demografische Entwicklung das Arbeitskräfteangebot in Westdeutschland bis 2020 um rund 1,5 Mio. Personen vermindern.

Für Westdeutschland wird zwischen 2005 und 2020 mit kräftigen Beschäftigungsgewinnen in einer Größenordnung von annähernd 2,3 Millionen gerechnet. Das westdeutsche Bruttoinlandsprodukt wächst real im Projektionszeitraum durchschnittlich mit rd. 1,3 Prozent pro Jahr; die Erwerbstätigenproduktivität steigt in der Projektion jährlich um durchschnittlich 0,8 Prozent.

Annahmen der aktuellen Arbeitskräftebedarfsprojektion des IAB^{a)}

- Jährliches durchschnittliches Wachstum der Weltwirtschaft bis 2020 + 4,5 Prozent, Welthandelwachstum + 5,8 Prozent.
- Mineralölpreis im Jahr 2005 \$ 45 je Barrel, bis 2020 kontinuierlich steigend auf \$ 52 je Barrel.^{b)}
- Rückgang der Bevölkerung in Deutschland bis 2020 um knapp 1,2 Mio.^{c)} Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials bis 2008 um rd. 70 Tsd., danach bis 2020 kontinuierliche Abnahme um gut 1,5 Mio.
- Marginaler Anstieg des Gesamtbeitragssatzes zur Sozialversicherung.
- Moderate Lohnsteigerungen unter dem Anstieg der nominalen Arbeitsproduktivität bis 2015. Danach bis 2020 Lohnsteigerungen in Höhe des nominalen Produktivitätswachstums.
- Unveränderte durchschnittliche Jahresarbeitszeit je Beschäftigten bis 2020.
- Keine zusätzlichen Ausgabenkürzungen bzw. Steuererhöhungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, d.h. die projizierte Neuverschuldungsquote liegt bis 2010 über 3 Prozent.

^{a)} Vgl. IAB-Kurzbericht Nr. 12/2005.

^{b)} Zur Rolle des Ölpreises für den deutschen Arbeitsmarkt vgl. IAB-Kurzbericht Nr. 20/2005.

^{c)} Vgl. Johann Fuchs, Doris Söhnlein (2005): Vorausschätzung der Erwerbsbevölkerung bis 2050, IAB-Forschungsbericht Nr. 16.

² Vgl. Christian Lutz, Bernd Meyer, Peter Schnur, Gerd Zika (2002): Projektion des Arbeitskräftebedarfs bis 2015. Modellrechnungen auf Basis des IAB/INFORGE-Modells. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB) 3, sowie „Methodischer Anhang“ in Peter Schnur, Gerd Zika (2005): Projektion des Arbeitskräftebedarfs bis 2020. Nur zögerliche Besserung am deutschen Arbeitsmarkt, IAB-Kurzbericht 12.

Ostdeutsche Arbeitsmarktbilanz

Die Arbeitskräftebedarfsprojektion für Ostdeutschland liefert keinerlei Hinweise auf einen positiven Arbeitsmarkttrend. Im Gegenteil: Unter „Status-quo-Bedingungen“ ist mit einem weiteren Rückgang des Arbeitskräftebedarfs im Osten um eine Million Personen im Zeitraum von 2005 bis 2020 zu rechnen. Hauptgründe hierfür sind, dass das Wachstum der Erwerbstätigenproduktivität mit durchschnittlich 2,0 Prozent pro Jahr deutlich höher ausfällt als im Westen (+ 0,8 %) und die reale Bruttowertschöpfung in den neuen Bundesländern mit 1,1 Prozent im Jahresdurchschnitt weniger stark wächst als in den alten Bundesländern (+ 1,3 %).

Diese unerfreuliche Tendenz weiterer Arbeitsplatzverluste in den neuen Bundes-

ländern wird rechnerisch jedoch durch das gleichzeitig noch viel stärker abnehmende Arbeitskräfteangebot gedämpft: In Ostdeutschland (einschließlich Berlin) sinkt das Arbeitskräfteangebot dramatisch. Zählte es im Jahr 1991 noch rund 10,2 Mio. Erwerbspersonen, so ist dieser Wert bis 2004 auf 9,2 Mio. gesunken. Bis zum Jahr 2020 geht er dann auf 7,5 Mio. zurück – mit weiterhin stark rückläufiger Tendenz.

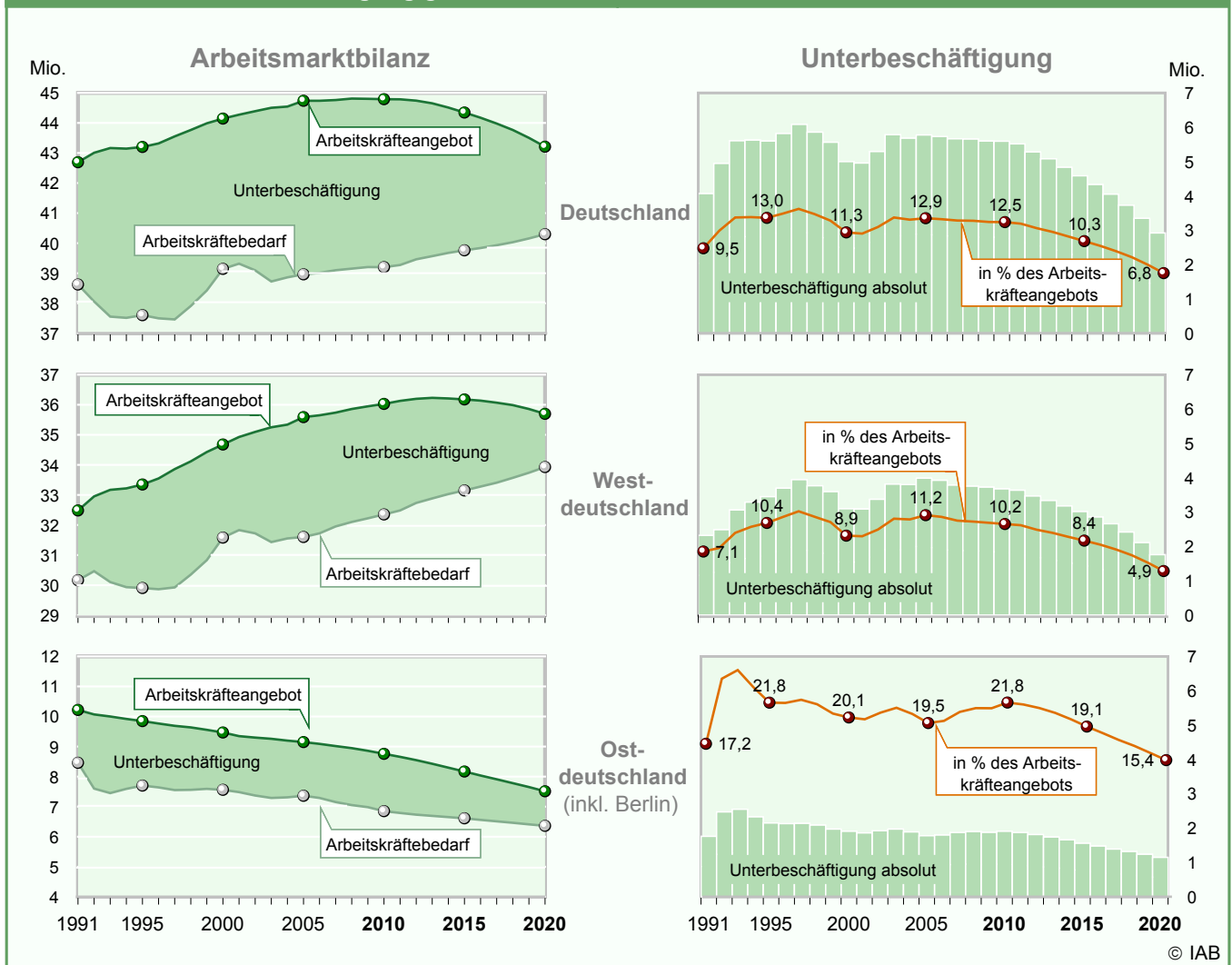
Von Massenarbeitslosigkeit zum Fachkräftemangel?

Mehr denn je ist für die richtige Einschätzung der künftigen Arbeitsmarktentwicklung der Aspekt der Fristigkeit von Bedeutung. Im Projektionszeitraum zeichnet sich aufgrund der demografischen Entwicklung eine Trendwende beim Arbeitskräfteangebot ab. Dadurch

wird in beiden Teilen Deutschlands die Unterbeschäftigung ab 2010 stark zurückgehen, bis 2020 auf fast die Hälfte des heutigen Niveaus. Damit verbunden besteht die Gefahr, dass es langfristig zu einem Fachkräftemangel bei gleichzeitig immer noch hoher Unterbeschäftigung kommen könnte.

In Westdeutschland sinkt die Unterbeschäftigung bis zur Mitte der nächsten Dekade allein wegen des steigenden Arbeitskräftebedarfs. Der Rückgang der Unterbeschäftigung in Ostdeutschland geht dagegen mit einer starken Abnahme des Arbeitskräfteangebots **und** des Arbeitskräftebedarfs einher. Dadurch gerät Ostdeutschland in einen Teufelskreis aus geringeren Einnahmen, geringeren Infrastrukturinvestitionen, sinkender Attraktivität und ständig abnehmender Einwohnerzahl. Für viele

Die Unterbeschäftigung geht zurück – im Osten leider auch der Arbeitskräftebedarf



Betriebe dürfte sich die Existenzfrage stellen. Und für Investoren beeinträchtigt ein Mangel an jungen, gut ausgebildeten Arbeitskräften die Attraktivität des Standorts.

Der projizierte Rückgang der Unterbeschäftigung setzt voraus, dass der künftige Bedarf an Arbeitskräften auch in qualifikatorischer Hinsicht gedeckt werden kann. Diese – in der Projektion des Arbeitskräftebedarfs implizit enthaltene Annahme – könnte in Zukunft nicht mehr erfüllt sein und damit die Wirtschaft vor ernsthafte Probleme stellen.

So verschiebt sich die Altersstruktur, wenn sich in den kommenden Jahren die geburtenstarken Jahrgänge nach und nach dem Rentenalter nähern. In Verbindung mit einer abnehmenden Zahl jüngerer Arbeitskräfte und einem Stillstand der Bildungsentwicklung könnte es deshalb schon bald zu einem Mangel an qualifizierten Fachkräften kommen.³ Dies gilt umso mehr, je geringer die Bereitschaft der Wirtschaft ist, ältere Arbeitnehmer zu beschäftigen. Künftig werden sie das größte Reservoir bilden, aus dem qualifiziertes Personal zu gewinnen wäre.

Verstärken könnte sich dieses „Mismatch-Problem“ auch durch die fortschreitende Dequalifizierung des Humankapitals aufgrund lang anhaltender hoher Unterbeschäftigung mit einem hohen Anteil Langzeitarbeitsloser.

Um diesen Gefahren zu begegnen, bedarf es in der kurzen und mittleren Frist nach wie vor einer strategisch angelegten Wachstums- und Beschäftigungspolitik. Seit 1996 weist das IAB immer wieder darauf hin, dass es zum raschen und deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit eines mittelfristig angelegten Strategiebündels bedarf, das von Staat und Tarifvertragsparteien gemeinsam getragen wird und allen Wirtschaftsakteuren Vertrauen in den Erfolg und damit in die Zukunft vermittelt.⁴

³ Alexander Reinberg, Markus Hummel (2003): Bildungspolitik: Steuert Deutschland langfristig auf einen Fachkräftemangel hin? IAB-Kurzbericht Nr. 9/2003.

⁴ Vgl. diverse Veröffentlichungen des IAB zum Thema „Wege zu mehr Beschäftigung“ IAB-Kurzberichte ab 1996.

Anmerkungen zur Projektion des Arbeitskräfteangebots

Die Vorausschätzung des Arbeitskräfteangebots (Erwerbspersonenpotenzial) basiert auf zwei Grundbausteinen: einer Bevölkerungsprojektion^{a)} und einer Projektion von Potenzialerwerbsquoten.^{b)} Die Berechnungen trennen nach Altersgruppen und Geschlecht, sowie nach Deutschen (Ost und West) und Ausländern (ohne Ost/West-Aufteilung). Die Projektionsergebnisse sind als IAB-Kurzbericht Nr. 11/2005 veröffentlicht.^{c)}

Für die Projektion des Erwerbspersonenpotenzials wurden insgesamt 7 Bevölkerungsvarianten – mit jeweils unterschiedlichen Wanderungsannahmen – und zwei Varianten der Erwerbsbeteiligung zu 14 Szenarien kombiniert.

In dem hier ausgewählten Szenario erreicht die Erwerbsbeteiligung vor allem bei den westdeutschen Frauen ein Niveau, das in den mittleren Altersjahrgängen kaum eine weitere Steigerung zulässt. So steigt die durchschnittliche Erwerbsquote der 30- bis 49-jährigen deutschen Frauen von 89 Prozent in 2004 auf 93 Prozent in 2020.

Mit der Annahme einer jährlichen Nettozuwanderung von 200.000 wird ein etwas höherer Wert angenommen, als er über einen längeren Zeitraum in der Vergangenheit beobachtet wurde. Beispielsweise sind im Durchschnitt von 1965 bis 2004 etwa 149.000 Ausländer (netto) zugezogen. Mit der Annahme einer etwas höheren Zuwanderung sollen mögliche Effekte der EU-Ost-Erweiterung berücksichtigt werden.

Eine getrennte Bilanzierung des ost- und westdeutschen Arbeitsmarktes erfordert eine kompatible Regionalaufteilung der vorliegenden Projektion von Erwerbspersonenpotenzial und Erwerbstätigkeit. Gestützt auf Zahlen aus dem Mikrozensus schätzte das IAB das Erwerbspersonenpotenzial getrennt nach Ost- und Westdeutschland, mit Berlin-Ost beim Osten und Berlin-West beim Westen. Die Erwerbstätigenrechnung zählt dagegen ganz Berlin zum Osten. Dies ist die in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) übliche Regionalaufteilung.

Da die gesamte Projektion des Arbeitskräftebedarfs auf Basis der VGR erfolgt, musste die Regionalstruktur des Erwerbspersonenpotenzials dementsprechend angepasst werden. Dazu wurde Berlin-West isoliert und der Projektion für die neuen Länder hinzu geschlagen.

Die Projektionen des Erwerbspersonenpotenzials enthalten außerdem keine Zuordnung der ausländischen Erwerbspersonen auf Ost und West. Stattdessen wurde getrennt nach Deutschen West, Deutschen Ost und Ausländern insgesamt gerechnet. Für die hier vorliegende Bilanz wurde mangels anderer Informationen das künftige Potenzial an ausländischen Erwerbspersonen entsprechend der Ost-West-Relation aus dem Jahr 2004 aufgeteilt.

Danach leben 11,2 Prozent des gesamten Erwerbspersonenpotenzials der Ausländer in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) und 88,8 Prozent in Westdeutschland (ohne Berlin). Diese Aufteilung wird über den gesamten Projektionszeitraum beibehalten. Dies führt damit auch zu einem in Ost und West jeweils steigenden Ausländeranteil am Erwerbspersonenpotenzial. Der im Osten relativ niedrige Ausländeranteil wächst von 5 Prozent in 2004 auf 7,4 Prozent in 2020. Im Westen nimmt der Ausländeranteil von 11 Prozent auf 13,3 Prozent zu.

^{a)} Johann Fuchs, Doris Söhnlein (2005): Vorausschätzung der Erwerbsbevölkerung bis 2050. IAB-Forschungsbericht 16/2005.

^{b)} Johann Fuchs, Katrin Dörfler (2005): Projektion des Erwerbspersonenpotenzials bis 2050 – Annahmen und Datengrundlage. IAB-Forschungsbericht 25/2005.

^{c)} Johann Fuchs, Katrin Dörfler (2005): Projektion des Erwerbspersonenpotenzials bis 2050: Demografische Effekte sind nicht mehr zu bremsen. IAB-Kurzbericht 11/2005.

Impressum

IAB Kurzbericht
Nr. 24 / 8.12.2005

Redaktion
Ulrich Möller, Elfriede Sonntag

Graphik & Gestaltung
Monika Pickel, Elisabeth Strauß

Technische Herstellung
Hausdruckerei der BA

Rechte
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung des IAB gestattet

ISSN 0942-167X

Bezugsmöglichkeit
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
D-90327 Nürnberg
telefonisch: 0911/179-3025
online: www.iab.de

IAB im Internet: <http://www.iab.de>
Dort finden Sie unter anderem auch diesen Kurzbericht im Volltext zum Download

Rückfragen zum Inhalt an
Dr. Johann Fuchs, Tel. 0911/179-5216
Peter Schnur, Tel. 0911/179-3071
Dr. Gerd Zika, Tel. 0911/179-3072
oder e-Mail: vorname.name@iab.de